

Rechtsstreit um Marchfeld-Schnellstraße: Niederösterreich wehrt sich!

Das Land Niederösterreich plant, gegen das BVwG-Urteil zur Marchfeld Schnellstraße (S8) Rechtsmittel einzulegen, um den Genehmigungszustand wiederherzustellen.

Niederösterreich, Österreich - Das Land Niederösterreich erhebt Einspruch gegen das vom Bundesverwaltungsgericht (BVwG) verkündete Aus für die geplante Marchfeld Schnellstraße (S8). Laut dem Verkehrslandesrat Udo Landbauer (FPÖ) wird die Landesregierung alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um den Genehmigungszustand der Schnellstraße wiederherzustellen. „Wir stehen auf der Seite der Bevölkerung“, erklärte Landbauer und betonte, dass die Entscheidung des BVwG die Schutz- und Sicherheitsinteressen der Bürger ignoriert. Die Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) sind bereits in Vorbereitung. „Wir kämpfen für diese wichtige Verkehrsmaßnahme“, so Landbauer weiter, und bezeichnete die Entscheidung als einen Tiefschlag für die Regionalentwicklung und die Wirtschaft.

Dringender Handlungsbedarf gefordert

Die Landesregierung fordert klare Signale von der neuen Bundesregierung, um Infrastrukturmaßnahmen voranzutreiben. Auch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) unterstrich die Bedeutung der S8 und der Schnellstraße S1, die zu den wichtigsten verkehrspolitischen Projekten der kommenden Regierung zählen sollten. „Wir lassen die staugeplagte Bevölkerung nicht im Stich“, erklärte sie. Laut den

Verantwortlichen benötige die Region dringend Lösungen, um den Verkehrsfluss zu verbessern und die derzeitige Verkehrslage zu entlasten, wie auch auf **NÖN.at** berichtet wird.

Details	
Vorfall	Rechtsmittel
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.noen.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at